

13. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Januar 2004
– Drucksache 13/2792**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 18. März 2002
„Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei
den Finanzämtern“**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

I.

Von der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Januar 2004 – Drucksache 13/2792 – Kenntnis zu nehmen.

II.

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die eingeleitete grundlegende Neuorganisation des Veranlagungsverfahrens in Anlehnung an das Beispiel des Schweizer Kantons Luzern konsequent und zielstrebig fortzusetzen;
2. Anreize für eine wesentlich größere Akzeptanz und Ausweitung des sog. ELSTER-Verfahrens zu schaffen, um die Teilnahmequote deutlich zu erhöhen;
3. die weiteren in der Stellungnahme der Landesregierung angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsläufe und der DV-Unterstützung zügig umzusetzen;
4. dem Landtag über das Veranlasste und die Auswirkungen auf die Arbeitsqualität bis 31. Dezember 2005 zu berichten.

18. 03. 2004

Der Berichterstatter:

Schmid

Der Vorsitzende:

Moser

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Drucksache 13/2792 in seiner 37. Sitzung am 18. März 2004.

Der Berichterstatter würdigte ausdrücklich, dass unter den gegebenen Umständen und mit dem vorhandenen Personaltableau große Bemühungen unternommen würden, um die Arbeitsweise der Veranlagungsstellen zu verbessern.

Er schlug folgende Beschlussempfehlung an das Plenum vor:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

1. von einem weiteren Stellenabbau in der Steuerverwaltung abzusehen;
2. die eingeleitete grundlegende Neuorganisation des Veranlagungsverfahrens in Anlehnung an das Beispiel des Schweizer Kantons Luzern konsequent und zielstrebig fortzusetzen;
3. Anreize für eine wesentlich vergrößerte Akzeptanz und Ausweitung des so genannten ELSTER-Verfahrens zu schaffen, um die Teilnahmequote deutlich zu erhöhen;
4. die weiteren in der Stellungnahme der Landesregierung angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und der DV-Unterstützung zügig umzusetzen;
5. dem Landtag über das Veranlasste und die Auswirkungen auf die Arbeitsqualität bis 31. Dezember 2005 zu berichten.

Er fügte hinzu, bis auf Ziffer 1 sei dieser Vorschlag für eine Beschlussempfehlung an das Plenum mit dem Finanzministerium abgestimmt.

Ein Abgeordneter der CDU beantragte, über Ziffer 1 des Vorschlags für eine Beschlussempfehlung getrennt abzustimmen, da die CDU-Fraktion Ziffer 1 dieses Vorschlags nicht zustimmen werde.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Finanzausschuss zunächst dem Plenum, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Mit 11 : 7 Stimmen bei einer Enthaltung lehnte der Finanzausschuss Ziffer 1 des Vorschlags des Berichterstatters für eine Beschlussempfehlung an das Plenum ab.

Einstimmig stimmte der Finanzausschuss den Ziffern 2 bis 5 des Vorschlags des Berichterstatters für eine Beschlussempfehlung an das Plenum zu.

25. 03. 2004

Schmid